



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung II Punkt 1.6 der öffentlichen Sitzung am 20. Dezember 2023

Antrags-Nr. 23-F-63-0104

**Gewerbsteuererwartung im Haushaltsplan 2024 & Bildung einer Gesonderten Risikovorsorge
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 09.11.2023 -**

Mit Schreiben vom 10. Oktober 2023 hat der Stadtkämmerer vorgeschlagen,

- die Gewerbsteuererwartung für 2024 um netto (nach Abzug Gewerbesteuer- und Heimatumlage) 51,857 Mio. € anzuheben,
- aus einem Teil des Netto-Mehrertrags eine Gesonderte Risikovorsorge zu bilden,
- diese, allerdings mit „Sperrvermerk Freigabe Stadtkämmerer“, mit Maßnahmen zu belegen.

Eingedenk dessen möge der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Es wird beschlossen, dass

- a. im Haushaltsplan 2024 die Gewerbsteuererwartung auf 395 Mio. EUR angehoben wird.
- b. im Haushaltsplan 2024 eine Gesonderte Risikovorsorge in Höhe von 5.611.829EUR gebildet wird.
- c. die Gesonderte Risikovorsorge wird mit „Sperrvermerk Freigabe Stadtkämmerer“ versehen.
- d. die Gesonderte Risikovorsorge nur mit Einmalmaßnahmen belegt werden darf, die keine Folgekosten generieren und demzufolge insbesondere für Personalaufwendungen nicht zur Verfügung steht. Vornehmlich sollten Instandhaltungs- und Anschaffungen im Ergebnishaushalt darauf gebucht werden, die einerseits keinen zwingenden Charakter haben und andererseits kurzfristig realisiert werden können.

2. Der Magistrat wird gebeten,

- a. im Haushaltsplan die Gewerbesteuer- und Heimatumlage auf Basis einer Gewerbsteuererwartung von 395 Mio. EUR neu zu berechnen und die entsprechenden Positionen auf der Aufwandsseite anzupassen.
- b. eine Übersicht der einzelnen Maßnahmen der Gesonderte Risikovorsorge außerhalb von SAP zu erstellen und im internen Kämmerer-Portal zu veröffentlichen.
- c. abhängig von der Gewerbesteuer-Entwicklung die Gesonderte Risiko-Vorsorge mit der August-Hochrechnung 2024 sukzessive zu Gunsten der hinterlegten Projekte freizugeben.

Beschluss Nr. 0430

Der Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 09.11.2023 wird angenommen.

(antragsgemäß Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen 15.11.2023 BP 0350)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, 20.12.2023
im Auftrag

Dr. Heimlich

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, 20.12.2023
im Auftrag

Dezernat III
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Bock